

## 820.150 Kantonale Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (KVUVP)

Gestützt auf Art. 9, 36 und 37 des Bundesgesetzes über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz, USG) vom 7. Oktober 1983<sup>1</sup>, die Verordnung des Bundesrates über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPV) vom 19. Oktober 1988<sup>2</sup> sowie Art. 29 und Art. 41<sup>bis</sup> der Kantonsverfassung<sup>3</sup>

von der Regierung erlassen am 30. April 1991

### Art. 1 Geltungsbereich

<sup>1</sup> Die Verordnung regelt die Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im Kanton Graubünden.

<sup>2</sup> Bei der UVP wird festgestellt, ob Anlagen, welche der UVP-Pflicht unterliegen, den Vorschriften des Bundes und des Kantons über den Schutz der Umwelt entsprechen. Dazu gehören insbesondere das Umweltschutzgesetz und die Vorschriften, die den Natur- und Heimatschutz, den Landschaftsschutz, den Gewässerschutz, die Walderhaltung, die Jagd und die Fischerei betreffen.

<sup>3</sup> ... <sup>4</sup>

### Art. 2<sup>5</sup> Fachstelle

<sup>1</sup> Das Amt für Umweltschutz ist Umweltschutzfachstelle (Fachstelle) im Sinne von Artikel 9 und Artikel 42 USG.<sup>6</sup> Die Fachstelle ist zuständig für fachübergreifende Umweltfragen sowie für die Beurteilung, ob die geplante Anlage den Vorschriften über den Schutz der Umwelt entspricht. Sie berät die zuständige Behörde bei der Durchführung der UVP und sorgt für den rechtzeitigen Beizug der betroffenen Amtsstellen.

<sup>2</sup> Zur Beurteilung der in der UVP zu behandelnden spezialrechtlichen Fragen sind die Amtsstellen zuständig, in deren Zuständigkeitsbereich die entsprechenden Vorschriften fallen.

### Art. 3 Zuständige Behörde und massgebliches Verfahren

<sup>1</sup> <sup>7</sup>Die UVP wird von der Behörde des Kantons oder einer Gemeinde durchgeführt, die im Rahmen eines Bewilligungs-, Genehmigungs- oder Konzessionsverfahrens (massgebliches Verfahren) über das Projekt entscheidet (zuständige Behörde).

<sup>2</sup> ... <sup>8</sup>

<sup>3</sup> ... <sup>9</sup>

<sup>4</sup> Das für die Prüfung massgebliche Verfahren wird im Anhang zu dieser Verordnung festgelegt, soweit es nicht durch Bundesrecht geordnet ist. Über Kompetenzkonflikte entscheidet die Regierung.

<sup>5</sup> Für UVP-pflichtige Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzone gilt als massgebliches Verfahren, soweit im Anhang nichts anderes bestimmt ist, das Zustimmungsverfahren gemäss Artikel 5 Absatz 2 des Raumplanungsgesetzes für den Kanton Graubünden.<sup>10</sup>

### Art. 4 Gesuchsteller

Als Gesuchsteller gelten:

- a) bei privaten (konzessionierten und nicht konzessionierten) Anlagen im Bewilligungsverfahren sowie im Rahmen von projektbezogenen Nutzungsplanungen: der private Bauherr;
- b) bei öffentlichen Anlagen: die kantonale oder kommunale Verwaltungsstelle, bei Gemeindeverbänden das zuständige Verbandsorgan sowie andere Trägerschaften, welche das Projekt vorbereiten;
- c) bei Meliorationen: die Trägerschaft.

### Art. 5 Aufgaben der zuständigen Behörde

<sup>1</sup> <sup>11</sup>Die zuständige Behörde sorgt für die Vorbereitung der Prüfung sowie für die Koordination mit anderen Verfahren und führt die Prüfung durch.

<sup>2</sup> Der zuständigen Behörde obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

- a) der Entscheid über die UVP-Pflicht einer Anlage. Im Streitfall erlässt sie nach Anhören der Fachstelle eine anfechtbare Verfügung;

- b) die Entgegennahme von Voruntersuchung, Pflichtenheft und Umweltverträglichkeitsbericht (Bericht) sowie deren Weiterleitung an die Fachstelle;
- c) <sup>12</sup>die Weiterleitung des Pflichtenheftes an das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (Bundesamt) bei Projekten, zu denen nach dem Anhang der UVPV <sup>13</sup> das Bundesamt anzuhören ist;
- d) <sup>14</sup>die Genehmigung des Pflichtenheftes;
- e) <sup>15</sup>die Durchführung des verwaltungsinternen Mitberichtsverfahrens;
- f) <sup>16</sup>die Einholung der Stellungnahmen der Bewilligungsbehörden nach Artikel 21 Absatz 1 UVPV <sup>17</sup> und deren Weiterleitung an die Fachstelle;
- g) <sup>18</sup>die Einholung der Stellungnahme der Subventionsbehörde des Bundes nach Artikel 22 Absatz 1 UVPV, wenn ein Projekt voraussichtlich nur mit einer Subvention des Bundes verwirklicht werden kann;
- h) <sup>19</sup>die Durchführung des Anhörungsverfahrens beim Bundesamt nach Artikel 13a UVPV;
- i) <sup>20</sup>die Bekanntmachung des Berichts nach Artikel 15 UVPV;
- k) <sup>21</sup>die Bekanntmachung des Berichts, der Beurteilung der Fachstelle, der Ergebnisse einer allfälligen Anhörung des Bundesamtes und des Entscheides, soweit er die Ergebnisse der UVP enthält, nach Artikel 20 UVPV;
- l) <sup>22</sup>der Entscheid über Anträge des Gesuchstellers zur Geheimhaltung sowie Anträge der Fachstelle und des Bundesamtes zu ergänzenden Abklärungen.

<sup>3</sup> <sup>23</sup>Ist die Regierung zuständige Behörde, obliegt die Verfahrensleitung nach Absatz 2 dem antragstellenden Departement.

<sup>4</sup> <sup>24</sup>Die zuständige Behörde kann die Aufgaben gemäss Absatz 2 litera b–i der Fachstelle übertragen.

#### **Art. 6 <sup>25</sup> Pflichtenheft**

<sup>1</sup> Aufgrund der Voruntersuchung und gestützt auf die Stellungnahmen der betroffenen Amtsstellen bereinigt die Fachstelle das Pflichtenheft und beantragt innert zwei Monaten der zuständigen Behörde dessen Genehmigung.

<sup>2</sup> Für mehrstufige Umweltverträglichkeitsprüfungen ist im Pflichtenheft die Aufteilung der in jeder einzelnen Stufe zu prüfenden umweltrelevanten Auswirkungen darzulegen.

#### **Art. 7 Bekanntmachung des Berichts**

<sup>1</sup> <sup>26</sup>Die zuständige Behörde sorgt dafür, dass im Kantonsamtsblatt sowie in allfälligen weiteren ortsüblichen Publikationsorganen bekannt gegeben wird, wo der Bericht während 30 Tagen eingesehen werden kann. Vorbehalten bleiben abweichende Fristen über Auflagen im massgeblichen Verfahren.

<sup>2</sup> <sup>27</sup>Die Bekanntmachung erfolgt in der Regel zusammen mit der Publikation im massgeblichen Verfahren.

<sup>3</sup> Ist für das Gesuch keine öffentliche Auflage vorgesehen, so erfolgt die Bekanntmachung so früh wie möglich.

#### **Art. 8 Beurteilung der Umweltverträglichkeit**

<sup>1</sup> <sup>28</sup>Die Fachstelle beurteilt den Bericht innert vier Monaten. Nach Eingang aller für die Beurteilung benötigten Unterlagen, insbesondere des vollständigen Berichts und der Stellungnahmen der betroffenen Amtsstellen, verbleiben der Fachstelle noch mindestens zwei Monate zur Beurteilung. Bei komplexen Vorhaben kann die zuständige Behörde diese Fristen angemessen erstrecken.

<sup>2</sup> Die Beurteilung der Fachstelle enthält insbesondere:

- a) die wesentlichen Aussagen des Berichts sowie Angaben über dessen Vollständigkeit und sachliche Richtigkeit;
- b) <sup>29</sup>die Ergebnisse der eingegangenen Stellungnahmen;
- c) die Darlegung allfälliger Meinungsverschiedenheiten verschiedener Amtsstellen;
- d) die massgeblichen Rechtsgrundlagen;
- e) die Erwägungen, ob die Anlage den Vorschriften des Bundes und des Kantons über den Schutz der Umwelt

entspricht.

<sup>3</sup> Die Fachstelle teilt das Ergebnis ihrer Beurteilung der zuständigen Behörde mit; wenn nötig beantragt sie Auflagen und Bedingungen.

#### **Art. 8a <sup>30</sup> Zuständigkeit einer Bundesbehörde**

Bei Vorhaben, die von einer Bundesbehörde geprüft werden, nimmt die Fachstelle zuhanden des zuständigen kantonalen Departementes Stellung zur Voruntersuchung und zum Pflichtenheft sowie zum Umweltverträglichkeitsbericht. Sie berücksichtigt dabei die Stellungnahmen der betroffenen Amtsstellen.

#### **Art. 9 Entscheid und öffentliche Auflage**

<sup>1</sup> Die zuständige Behörde entscheidet über das Gesuch unter Einbezug der Beurteilung der Fachstelle.

<sup>2</sup> <sup>31</sup> Die zuständige Behörde gibt im Kantonsamtsblatt sowie in allfälligen weiteren ortsüblichen Publikationsorganen bekannt, wo der Bericht, die Beurteilung der Fachstelle, die Ergebnisse einer allfälligen Anhörung des Bundesamtes sowie der Entscheid, soweit er die Ergebnisse der Prüfung betrifft, während 30 Tagen eingesehen werden können. Vorbehalten bleiben abweichende Fristen über die Auflage im massgeblichen Verfahren.

#### **Art. 10 <sup>32</sup>**

#### **Art. 11 Kostenpflicht**

<sup>1</sup> Die Kosten für die Durchführung der UVP werden dem Gesuchsteller nach Massgabe der Beanspruchung der am Verfahren beteiligten Behörden und der verursachten Aufwendungen auferlegt.

<sup>2</sup> Für Anlagen, welche vom Kanton als Bauherr erstellt werden oder für welche der Kanton Beiträge leistet, wird auf eine Kostenverrechnung verzichtet.

#### **Art. 12 <sup>33</sup>**

#### **Art. 13 Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt nach der Genehmigung durch den Bundesrat <sup>34</sup> mit der Veröffentlichung im Kantonsamtsblatt <sup>35</sup> in Kraft.

#### **Anhang**

(Art. 3 Abs. 4 KVUVP)

#### **UVP-Anlagen und massgebliches Verfahren im Kanton Graubünden**

(betrifft nur diejenigen Anlagen, die nach Bundesrecht in den Zuständigkeitsbereich des Kantons fallen; für die übrigen UVP-Anlagen gilt Bundesrecht)

| Nr.       | Anlagentyp <sup>36</sup>                                      | massgebliches Verfahren  | zuständige Behörde        |
|-----------|---|--|---------------------------|
| <b>1</b>  | Verkehr   |  |                           |
| <i>11</i> | Strassenverkehr   |  |                           |
| 11.2      | *) Hauptstrassen, die mit Bundeshilfe ausgebaut werden        | kantonales Projektgenehmigungsverfahren (Art. 33 ff. Strassengesetz <sup>37</sup> )  | Regierung                 |
| 11.3      | Andere Hochleistungs- und Hauptverkehrsstrassen (HLS und HVS) |  |                           |
| 11.4      | Parkhäuser und -plätze für mehr als 300 Motorwagen            | <sup>38</sup> Nutzungsplangenehmigungsverfahren (Art. 37 KRG <sup>39</sup> ), sofern dieses eine umfassende Prüfung ermöglicht;<br>In den übrigen Fällen<br>Quartierplanverfahren (Art. 45 KRG <sup>40</sup> )<br>oder Baubewilligungsverfahren (Art. 5 Abs. 1 KRG <sup>41</sup> ) | Regierung<br><br>Gemeinde |
| <i>13</i> | Schifffahrt   |  |                           |

|                    |  |   |   |
|--------------------|--|---|---|
| 13.2               | Industriehafen mit ortsfesten Lade- und Entlade-Einrichtungen  | Baubewilligungsverfahren (Art. 5 Abs. 1 KRG <sup>42</sup> )   | Gemeinde  |
| 13.3               | Bootshafen mit mehr als 100 Bootsplätzen   |   |   |
| <b>2</b>           | Energie  |   |   |
| 21                 | Erzeugung von Energie  |   |   |
| 21.2               | *) Thermische Anlagen zur Energieerzeugung mit einer Feuerleistung von mehr als 100 MWth   | Baubewilligungs- bzw. Zustimmungsverfahren <sup>43</sup> (Art. 5 Abs. 1 und 2 KRG <sup>44</sup> )   | Gemeinde/Departement des Innern und der Volkswirtschaft <sup>45</sup> |
| 21.3               | *) Speicher- und Laufkraftwerke sowie Pumpspeicherwerke mit mehr als 3 MW  | <sup>46</sup> Mehrstufige UVP:<br>1. Stufe:<br>Konzessionsgenehmigungsverfahren (Art. 52 ff. Wasserrechtsgesetz, BWRG <sup>47</sup> ) <sup>48</sup><br><br>2. Stufe:<br>Projektgenehmigungsverfahren (Art. 57 ff. Wasserrechtsgesetz, BWRG) | Regierung<br><br>Regierung  |
| 21.4               | Anlagen zur Nutzung der Erdwärme (einschliesslich der Wärme von Grundwasser) mit mehr als 5 MWth   | Baubewilligungs- bzw. Zustimmungsverfahren <sup>49</sup> (Art. 5 Abs. 1 und 2 KRG <sup>50</sup> )   | Gemeinde/Departement des Innern und der Volkswirtschaft <sup>51</sup> |
| 21.5 <sup>52</sup> | Gaswerke, Kokereien, Kohlenverflüssigungsanlagen   | Baubewilligungs- bzw. Zustimmungsverfahren <sup>53</sup> (Art. 5 Abs. 1 und 2 KRG <sup>54</sup> ),<br><br>falls kein Baubewilligungsverfahren durchgeführt wird,<br>Plangenehmigungsverfahren (Art. 7 ArG <sup>55</sup> )                   | Gemeinde/Departement des Innern und der Volkswirtschaft <sup>56</sup> |
| 21.6 <sup>57</sup> | *) Erdölraffinerien  |   |   |
| 21.7 <sup>58</sup> | Anlagen zur Gewinnung von Erdöl, Erdgas oder Kohle   |   |   |
| 22                 | Übertragung und Lagerung von Energie   |   |   |
| 22.3               | <sup>59</sup> Lager für Gas, Brennstoff und Treibstoff, die bei Normalbedingungen mehr als 50 000 m <sup>3</sup> Gas bzw. 5 000 m <sup>3</sup> Flüssigkeit enthalten.  | Baubewilligungs- bzw. Zustimmungsverfahren <sup>60</sup> (Art. 5 Abs. 1 und 2 KRG <sup>61</sup> )   | Gemeinde/Departement des Innern und der Volkswirtschaft <sup>62</sup> |
| 22.4               | Kohlenlager mit mehr als 50 000 m <sup>3</sup> Lagerkapazität  | Baubewilligungs- bzw. Zustimmungsverfahren <sup>63</sup> (Art. 5 Abs. 1 und 2 KRG <sup>64</sup> )   | Gemeinde/Departement des Innern und der Volkswirtschaft <sup>65</sup> |
| <b>3</b>           | Wasserbau  |   |   |
| 30.1               | Werke zur Regulierung des Wasserstandes oder des Abflusses von natürlichen Seen von mehr als 0,5 km <sup>2</sup> mittlerer Seeoberfläche einschl. Betriebsvorschriften | Baubewilligungs- bzw. Zustimmungsverfahren <sup>66</sup> (Art. 5 Abs. 1 und 2 KRG <sup>67</sup> )   | Gemeinde/Departement des Innern und der Volkswirtschaft <sup>68</sup> |

|                    |   |   |   |
|--------------------|---|---|---|
| 30.2               | <b>69</b> Wasserbauliche Massnahmen wie: Verbauungen, Eindämmungen, Korrekturen, Geschiebe- und Hochwasserrückhalteanlagen im Kostenvoranschlag von mehr als 15 Mio. Franken. |   |   |
| 30.3               | Schüttungen in Seen von mehr als 10 000 m <sup>3</sup>  |   |   |
| 30.4               | Ausbeutung von Kies, Sand und anderem Material aus Gewässern von mehr als 50 000 m <sup>3</sup> /Jahr (ohne einmalige Entnahme aus Gründen der Hochwassersicherheit)          | Nutzungsplangenehmigungsverfahren (Art. 37 KRG <b>70</b> ), sofern dieses eine umfassende Prüfung ermöglicht, in den übrigen Fällen | Regierung   |
|                    |   | Baubewilligungs- bzw. Zustimmungsverfahren <b>71</b> (Art. 5 Abs. 1 und 2 KRG <b>72</b> )   | Gemeinde/Departement des Innern und der Volkswirtschaft <b>73</b> |
| <b>4</b>           | Entsorgung  |   |   |
| 40.3               | Autoschredder-Anlagen   | Baubewilligungsverfahren (Art. 5 KRG <b>74</b> )  | Gemeinde  |
| 40.4               | Inertstoffdeponien mit einem Deponievolumen von mehr als 500 000 m <sup>3</sup>   | Nutzungsplangenehmigungsverfahren (Art. 37 KRG <b>75</b> ), sofern dieses eine umfassende Prüfung ermöglicht, in den übrigen Fällen | Regierung   |
|                    |   | Baubewilligungs- bzw. Zustimmungsverfahren <b>76</b> (Art. 5 Abs. 1 und 2 KRG <b>77</b> )   | Gemeinde/Departement des Innern und der Volkswirtschaft <b>78</b> |
| 40.5               | Reaktordeponien   |   |   |
| 40.6               | Reststoffdeponien   |   |   |
| 40.7               | Anlagen zum Sortieren, Behandeln und Verbrennen von Abfällen mit Behandlungskapazität von mehr als 1 000 t/Jahr   | Baubewilligungs- bzw. Zustimmungsverfahren <b>79</b> (Art. 5 Abs. 1 und 2 KRG <b>80</b> )   | Gemeinde/Departement des Innern und der Volkswirtschaft <b>81</b> |
| 40.8               | Zwischenlager für mehr als 1000 t flüssige oder mehr als 5000 t feste oder schlammförmige Sonderabfälle   |   |   |
| 40.9               | Abwasserreinigungsanlagen für eine Kapazität von mehr als 20 000 Einwohnergleichwerten  |   |   |
| <b>5</b>           | Landesverteidigung <b>82</b>  |   |   |
| 52 <b>83</b>       |   |   |   |
| 52.1 <b>84</b>     |   |   |   |
| 50.5 <b>85</b>     | 300-m-Schiessanlagen mit mehr als 15 Scheiben   | Baubewilligungs- bzw. Zustimmungsverfahren <b>86</b> (Art. 5 Abs. 1 und 2 KRG <b>87</b> )   | Gemeinde/Departement des Innern und der Volkswirtschaft <b>88</b> |
| <b>6</b> <b>89</b> | Sport, Tourismus und Freizeit   |   |   |

|                        |  |   |   |
|------------------------|--|---|---|
| 60.2                   | Pistenanlagen für motorsportliche Veranstaltungen  | Nutzungsplangenehmigungsverfahren (Art. 37 KRG <sup>90</sup> ), sofern dieses eine umfassende Prüfung ermöglicht, in den übrigen Fällen   | Regierung   |
|                        |  | Baubewilligungs- bzw. Zustimmungsverfahren <sup>91</sup> (Art. 5 Abs. 1 und 2 KRG <sup>92</sup> )   | Gemeinde/Departement des Innern und der Volkswirtschaft <sup>93</sup> |
| 60.3                   | Skipisten mit Terrainveränderungen von mehr als 2000 m <sup>2</sup> , die nicht im Verfahren über Luftseilbahnen oder Skilifte beurteilt worden sind             |   |   |
| 60.4                   | Beschneiungsanlagen, sofern die beschneite Fläche über 5 ha beträgt  |   |   |
| 60.5                   | Sportstadien mit ortsfesten Tribünenanlagen für mehr als 20 000 Zuschauer  |   |   |
| 60.6                   | Vergnügungsparks mit einer Fläche von mehr als 75 000 m <sup>2</sup> oder für mehr als 4000 Besucher/Tag   |   |   |
| 60.7 <sup>94</sup>     | Golfplätze mit neun und mehr Löchern   |   |   |
| <b>7 <sup>95</sup></b> | Industrielle Betriebe  |   |   |
| 70.1                   | *) Aluminiumhütten   | Baubewilligungs- bzw. Zustimmungsverfahren <sup>96</sup> (Art. 5 Abs. 1 und 2 KRG <sup>97</sup> ), falls kein Baubewilligungsverfahren durchgeführt werden muss, Plangenehmigungsverfahren (Art. 7 ArG <sup>98</sup> ). | Gemeinde/Departement des Innern und der Volkswirtschaft <sup>99</sup> |
| 70.2                   | Stahlwerke   |   |   |
| 70.3                   | Buntmetallwerke  |   |   |
| 70.4                   | Anlagen zur Aufbereitung und Verhüttung von Schrott und Altmetallen  |   |   |
| 70.5                   | Anlagen zur Synthese von chemischen Produkten mit mehr als 5000 m <sup>2</sup> Betriebsfläche oder einer Produktionskapazität von mehr als 1000 t pro Jahr       |   |   |
| 70.6                   | Anlagen für die Verarbeitung von chemischen Produkten mit mehr als 5000 m <sup>2</sup> Betriebsfläche oder einer Produktionskapazität von mehr als 10 000 t/Jahr |   |   |
| 70.7                   | Chemikalienlager mit einer Lagerkapazität von mehr als 1000 t  |   |   |

|          |   |  |  |
|----------|---|--|--|
| 70.8     | Sprengstoff- und Munitionsfabriken  |  |  |
| 70.9     | Schlächtereien und fleischverarbeitende Betriebe mit einer Produktionskapazität von mehr als 5000 t im Jahr   | Baubewilligungs- bzw. Zustimmungsverfahren <sup>100</sup> (Art. 5 Abs. 1 und 2 KRG <sup>101</sup> ), falls kein Baubewilligungsverfahren durchgeführt werden muss, Plangenehmigungsverfahren (Art. 7 ArG <sup>102</sup> ). | Gemeinde/Departement des Innern und der Volkswirtschaft <sup>103</sup> |
| 70.10    | Zementfabriken  |  |  |
| 70.11    | Glashütten mit einer Produktionskapazität von mehr als 30 000 t/Jahr  |  |  |
| 70.12    | Zellstoff-(Zellulose-)Fabriken mit einer Produktionskapazität von mehr als 50 000 t/Jahr  |  |  |
| 70.13    | Betriebe zur Gewinnung und Verarbeitung von Asbest und asbesthaltigen Materialien   |  |  |
| 70.14    | Spanplattenwerke  |  |  |
| 70.15    | <sup>104</sup> Weitere Anlagen, deren Rohgasmassenstrom (bei Ausfall der Rauchgasreinigung) im Vollastbetrieb die Emissionsbegrenzungen der Luftreinhalte-Verordnung <sup>105</sup>   |  |  |
|          | a) für Stoffe nach Anhang 1 Ziff. 5 um mehr als das 20fache oder  |  |  |
|          | b) für andere Stoffe nach Anhang 1 um mehr als das 100fache überschreitet   |  |  |
| <b>8</b> | Andere Anlagen  |  |  |
| 80.1     | Gesamtmeliorationen, d.h. Güterzusammenlegungen von mehr als 400 ha oder mit kulturtechnischen Massnahmen, wie Bewässerungen und Entwässerungen von Kulturland von mehr als 20 ha oder mit Terrainveränderungen von mehr als 5 ha, sowie generelle landwirtschaftliche Gesamterschliessungsprojekte von mehr als 400 ha | <sup>106</sup> Projektgenehmigungsverfahren (Art. 44bis ff. Meliorationsgesetz des Kantons Graubünden <sup>107</sup> )   | <sup>108</sup> Departement des Innern und der Volkswirtschaft          |
| 80.2     | <sup>109</sup> Generelle Waldzusammenlegungsprojekte und forstliche Erschliessungsprojekte von mehr als 400 ha (gemäss Perimeter der Vorstudie)   | <sup>110</sup> Projektgenehmigungsverfahren (Art. 14 des kantonalen Waldgesetzes <sup>111</sup> )  | Regierung  |

|      |   |   |   |
|------|---|---|---|
| 80.3 | Kies- und Sandgruben, Steinbrüche und andere nicht der Energiegewinnung dienende Materialentnahmen aus dem Boden mit einem abbaubaren Gesamtvolumen von mehr als 300 000 m <sup>3</sup>   | Nutzungsplangenehmigungsverfahren (Art. 37 KRG <sup>112</sup> ), sofern dieses eine umfassende Prüfung ermöglicht, in den übrigen Fällen<br><br>Baubewilligungs- bzw. Zustimmungsverfahren <sup>113</sup> (Art. 5 Abs. 1 und 2 KRG <sup>114</sup> ) | Regierung<br><br>Gemeinde/Departement des Innern und der Volkswirtschaft <sup>115</sup> |
| 80.4 | <sup>116</sup> Anlagen für die Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere mit mehr als<br><br>–125 Plätzen für Grossvieh (ausg. Alpställe) oder<br><br>– 100 Plätzen für Mastkälber oder<br><br>– 75 Plätzen für Mutterschweine oder<br><br>– 500 Plätzen für Mastschweine oder<br><br>– 6 000 Plätzen für Leghennen oder<br><br>– 6 000 Plätzen für Mastpoulets oder<br><br>– 1 500 Masttruten |   |   |
| 80.5 | <sup>117</sup> Einkaufszentren mit mehr als 5 000 m <sup>2</sup> Verkaufsfläche   |   |   |
| 80.6 | <sup>118</sup> Güterumschlagsplätze mit Verteilzentren mit mehr als 20 000 m <sup>2</sup> Lagerfläche   |   |   |
| 80.7 | <sup>119</sup> <sup>120</sup> Ortsfeste Funkanlagen (nur Sendeeinrichtungen) mit 500 kW oder mehr Sendeleistung   |   |   |

## Endnoten

- 1 SR 814.01
- 2 SR 814.011
- 3 Nunmehr Art. 45 Abs. 1 und Art. 81 Abs. 1 der Kantonsverfassung; BR 110.100
- 4 Aufhebung gemäss RB vom 27. Oktober 1998
- 5 Fassung gemäss RB vom 27. Februar 1996, in Kraft getreten am 1. Juni 1996
- 6 SR 814.01
- 7 Fassung gemäss RB vom 27. Oktober 1998
- 8 Aufhebung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 9 Aufhebung gemäss RB vom 27. Oktober 1998
- 10 BR 801.100
- 11 Fassung gemäss RB vom 27. Oktober 1998
- 12 Einfügung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 13 SR 814.011
- 14 Fassung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2

- 15 Fassung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 16 Fassung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 17 SR 814.011
- 18 Einfügung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 19 Einfügung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 20 Fassung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 21 Einfügung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 22 Fassung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 23 Fassung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 24 Fassung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 25 Fassung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 26 Fassung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 27 Fassung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 28 Fassung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 29 Fassung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 30 Einfügung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 31 Fassung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 32 Aufhebung gemäss RB vom 27. Oktober 1998
- 33 Aufhebung gemäss RB vom 27. Oktober 1998
- 34 Mit Beschluss vom 1. Juli 1991 vom Eidg. Departement des Innern genehmigt
- 35 Im KA vom 26. Juli 1991 publiziert
- 36 **Betrifft das Vorhaben einen mit \*) gekennzeichneten Anlagentyp, so muss im massgeblichen Verfahren auch das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) angehört werden (Art. 13a UVPV)**
- 37 Nunmehr Art. 20 ff. Strassengesetz; BR 807.100
- 38 Fassung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 39 Nunmehr Art. 49 KRG; BR 801.100
- 40 Nunmehr Art. 53 KRG; BR 801.100
- 41 Nunmehr Art. 86 Abs. 1 KRG; BR 801.100
- 42 Nunmehr Art. 86 Abs. 1 KRG; BR 801.100
- 43 **Gemäss neuem KRG: Baubewilligungs- bzw. BAB-Bewilligungsverfahren**
- 44 Nunmehr Art. 86 Abs. 1 und Art. 87 KRG; BR 801.100
- 45 **Zuständige Behörde gemäss neuem KRG: Gemeinde/Amt für Raumentwicklung**
- 46 Fassung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 47 BR 810.100
- 48 **Die Konzessionsgemeinden können vor der Konzessionserteilung die Beurteilung des Berichts durch die Fachstelle verlangen. Diese kann zu diesem Zweck direkt mit den Verfahrensbeteiligten verkehren. Antragstellendes Departementen ist das Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement. Für den Fall dieses vorgezogenen Verfahrens sorgen die Konzessionsgemeinden für die Bekanntmachung des Berichts und gegebenenfalls der Beurteilung zuhanden der stimmberechtigten Gemeindeeinwohner (diese Bekanntmachung gilt nicht als öffentliche Auflage im Sinne von Art. 7 KVUVP).**
- 49 **Gemäss neuem KRG: Baubewilligungs- bzw. BAB-Bewilligungsverfahren**
- 50 Nunmehr Art. 86 Abs. 1 und Art. 87 KRG; BR 801.100
- 51 **Zuständige Behörde gemäss neuem KRG: Gemeinde/Amt für Raumentwicklung**
- 52 Fassung gemäss RB vom 27. Oktober 1998
- 53 **Gemäss neuem KRG: Baubewilligungs- bzw. BAB-Bewilligungsverfahren**
- 54 Nunmehr Art. 86 Abs. 1 und Art. 87 KRG; BR 801.100

- 55 SR 822.11
- 56 Zuständige Behörde gemäss neuem KRG: Gemeinde/Amt für Raumentwicklung
- 57 Fassung gemäss RB vom 27. Oktober 1998
- 58 Fassung gemäss RB vom 27. Oktober 1998
- 59 Fassung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 60 Gemäss neuem KRG: Baubewilligungs- bzw. BAB-Bewilligungsverfahren
- 61 Nunmehr Art. 86 Abs. 1 und Art. 87 KRG; BR 801.100
- 62 Zuständige Behörde gemäss neuem KRG: Gemeinde/Amt für Raumentwicklung
- 63 Gemäss neuem KRG: Baubewilligungs- bzw. BAB-Bewilligungsverfahren
- 64 Nunmehr Art. 86 Abs. 1 und Art. 87 KRG; BR 801.100
- 65 Zuständige Behörde gemäss neuem KRG: Gemeinde/Amt für Raumentwicklung
- 66 Gemäss neuem KRG: Baubewilligungs- bzw. BAB-Bewilligungsverfahren
- 67 Nunmehr Art. 86 Abs. 1 und Art. 87 KRG; BR 801.100
- 68 Zuständige Behörde gemäss neuem KRG: Gemeinde/Amt für Raumentwicklung
- 69 Fassung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 70 Nunmehr Art. 49, KRG; BR 801.100
- 71 Gemäss neuem KRG: Baubewilligungs- bzw. BAB-Bewilligungsverfahren
- 72 Nunmehr Art. 86 Abs. 1 und Art. 87 KRG; BR 801.100
- 73 Zuständige Behörde gemäss neuem KRG: Gemeinde/Amt für Raumentwicklung
- 74 Nunmehr Art. 86 Abs. 1 KRG; BR 801.100
- 75 Nunmehr Art. 49, KRG; BR 801.100
- 76 Gemäss neuem KRG: Baubewilligungs- bzw. BAB-Bewilligungsverfahren
- 77 Nunmehr Art. 86 Abs. 1 und Art. 87 KRG; BR 801.100
- 78 Zuständige Behörde gemäss neuem KRG: Gemeinde/Amt für Raumentwicklung
- 79 Gemäss neuem KRG: Baubewilligungs- bzw. BAB-Bewilligungsverfahren
- 80 Nunmehr Art. 86 Abs. 1 und Art. 87 KRG; BR 801.100
- 81 Zuständige Behörde gemäss neuem KRG: Gemeinde/Amt für Raumentwicklung
- 82 neu: Militärische Bauten und Anlagen, vgl. UVPV; SR 814.011
- 83 überholt, vgl. UVPV; SR 814.011
- 84 überholt, vgl. UVPV; SR 814.011
- 85 Neue Nummerierung, vgl. UVPV; SR 814.011
- 86 Gemäss neuem KRG: Baubewilligungs- bzw. BAB-Bewilligungsverfahren
- 87 Nunmehr Art. 86 Abs. 1 und Art. 87 KRG; BR 801.100
- 88 Zuständige Behörde gemäss neuem KRG: Gemeinde/Amt für Raumentwicklung
- 89 Fassung gemäss RB vom 27. Oktober 1998 (ausgenommen Anlagetyp 60.4)
- 90 Nunmehr Art. 49 KRG; BR 801.100
- 91 Gemäss neuem KRG: Baubewilligungs- bzw. BAB-Bewilligungsverfahren
- 92 Nunmehr Art. 86 Abs. 1 und Art. 87 KRG; BR 801.100
- 93 Zuständige Behörde gemäss neuem KRG: Gemeinde/Amt für Raumentwicklung
- 94 Fassung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 95 Fassung gemäss RB vom 27. Oktober 1998
- 96 Gemäss neuem KRG: Baubewilligungs- bzw. BAB-Bewilligungsverfahren
- 97 Nunmehr Art. 86 Abs. 1 und Art. 87 KRG; BR 801.100

- 98 SR 822.11
- 99 Zuständige Behörde gemäss neuem KRG: Gemeinde/Amt für Raumentwicklung
- 100 Gemäss neuem KRG: Baubewilligungs- bzw. BAB-Bewilligungsverfahren
- 101 Nunmehr Art. 86 Abs. 1 und Art. 87 KRG; BR 801.100
- 102 SR 822.11
- 103 Zuständige Behörde gemäss neuem KRG: Gemeinde/Amt für Raumentwicklung
- 104 Fassung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 105 SR 814.318.142.1
- 106 Fassung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 107 BR 915.100
- 108 Fassung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 109 Fassung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 110 Fassung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2
- 111 BR 920.100
- 112 Nunmehr Art. 49 KRG; BR 801.100
- 113 Gemäss neuem KRG: Baubewilligungs- bzw. BAB-Bewilligungsverfahren
- 114 Nunmehr Art. 86 Abs. 1 und Art. 87 KRG; BR 801.100
- 115 Zuständige Behörde gemäss neuem KRG: Gemeinde/Amt für Raumentwicklung
- 116 Fassung gemäss RB vom 27. Oktober 1998
- 117 Fassung gemäss RB vom 27. Oktober 1998
- 118 Fassung gemäss RB vom 27. Oktober 1998
- 119 Fassung gemäss RB vom 27. Oktober 1998
- 120 Fassung gemäss RB vom 27. Februar 1996, siehe FN zu Art. 2